

Amtsgericht Pinneberg



Amtsgericht Pinneberg, Außenstelle
Osterbrooksweg 42 + 44, 22869 Schenefeld

69 C 126/25

für Rückfragen:

Telefon: 04101 503-177

Telefax: 04101 503-101

Herrn
Henning von Stosch
Mühlenstraße 5
25421 Pinneberg

Ihr Zeichen

Bitte bei Antwort angeben
Akten- / Geschäftszeichen
69 C 126/25

Datum
19.01.2026

Stadtwerke Südholstein GmbH ./. von Stosch, H.
wg. Zutrittsgewährung

Sehr geehrter Herr von Stosch,

beachten Sie bitte die diesem Schreiben beigelegte Klageschrift sowie die beglaubigte Abschrift der Verfügung des Gerichts.

Geben Sie bitte bei allen Schreiben das vorstehend aufgeführte Geschäftszeichen an.

Mit freundlichen Grüßen

Dörre, Justizfachangestellte

Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.

69 C 126/25

Verfügung

In Sachen

Stadtwerke Südholstein GmbH ./ von Stosch, H.
wg. Zutrittsgewährung

I. **Aufforderungen, Anordnungen und Hinweise**

1. Es wird ein schriftliches Vorverfahren durchgeführt.

2. **Hinweise an die klagende Partei:**

Bei nicht form- und fristgerechter Verteidigungsanzeige der beklagten Partei kann die klagende Partei Antrag auf Erlass eines Versäumnisurteils stellen. Dieser Antrag ist bereits vor Ablauf der Frist zur Abgabe der Verteidigungsanzeige zulässig. Wurde ein solcher Antrag gestellt, ist eine Entscheidung ohne mündliche Verhandlung durch Versäumnisurteil auch dann zulässig, wenn in der Klage keine ausreichenden Angaben zu Nebenforderungen (wie z. B. Zinsen, Schreibauslagen o. ä.) gemacht wurden. Diese Nebenforderungen werden dann auch keinen Erfolg haben.

3. **An die beklagte Partei ergehen gemäß § 276 ZPO folgende Aufforderungen:**

3.1. Die beklagte Partei hat die Absicht der Verteidigung binnen einer
Notfrist von zwei Wochen

ab Zustellung der Klageschrift schriftlich anzuzeigen.

Belehrungen:

Die Frist kann nicht verlängert werden und ist nur dann gewahrt, wenn die Anzeige innerhalb der Frist bei Gericht eingeht. Geht sie nicht innerhalb der Frist ein, kann dies zu einem Verlust des Prozesses führen. Das Gericht kann auf Antrag der Gegenpartei ein Versäumnisurteil erlassen (§ 331 ZPO); in diesem Fall hat die säumige Partei auch die Gerichtskosten und die notwendigen Auslagen der Gegenseite zu tragen (§ 91 ZPO). Aus dem Versäumnisurteil kann der Gegner der säumigen Partei gegen diese die Zwangsvollstreckung betreiben (§ 708 Nr. 2 ZPO).

Erklärt die Beklagtenpartei, dass sie den Klageanspruch ganz oder teilweise anerkenne, so wird sie ohne mündliche Verhandlung dem Anerkenntnis gemäß verurteilt werden.

3.2. Sie hat auf das **Klagevorbringen** innerhalb von
zwei Wochen

nach Ablauf der oben genannten Notfrist schriftlich zu erwidern, wenn sie sich gegen die Klage verteidigen will.

Belehrung gemäß §§ 277 Abs. 2, 296 Absätze 1 und 3 ZPO:

Die Frist ist nur dann gewahrt, wenn die Erwiderung vor Ablauf der Frist bei Gericht eingeht. Die beklagte Partei muss, wenn sie sich gegen die Klage verteidigen will, bis zum Ablauf dieser Frist auf die Klageschrift erwidern und zum Beispiel Einreden und Einwendungen, Beweisangebote und Beweiseinreden vorbringen. Die Klageerwiderung, die erst nach Ablauf der gesetzten Frist, also verspätet, eingeht, wird nur zugelassen, wenn sich dadurch der Rechtsstreit nicht verzögert oder wenn die Partei die Verspätung genügend entschuldigt. Verspätete verzichtbare Rügen, die die Zulässigkeit der Klage betreffen, können nur bei genügender Entschuldigung der Verspätung zugelassen werden.

Der Prozess kann also allein wegen einer Fristversäumnis verloren werden.

Die oben gesetzte Frist kann ausnahmsweise auf Antrag bei Vorliegen erheblicher Gründe verlängert werden. Der schriftliche Antrag auf Fristverlängerung muss vor Fristablauf bei Gericht eingehen. Die beklagte Partei kann ihre Erklärung auch zu Protokoll der Geschäftsstelle des Gerichts abgeben. Falls dies bei einem anderen Amtsgericht geschieht, muss das Protokoll innerhalb der Frist beim Prozessgericht eingehen.

3.3. Die Vertretung durch einen Rechtsanwalt ist nicht vorgeschrieben.

Geben Sie bitte bei allen Schreiben das vorstehend aufgeführte Geschäftszeichen an.
gez.

Hirner
Richterin am Amtsgericht



Beglaubigt
Schenefeld, 19.01.2026

Dörre
Justizfachangestellte



Am 1. April 1914 ist die Pinnenberg-
Kirche in die Pinnenberg-
Kirchenparochie eingegliedert worden.
Die Pinnenberg-
Kirche ist eine evangelische Kirche.
Die Pinnenberg-
Kirche ist eine evangelische Kirche.
Die Pinnenberg-
Kirche ist eine evangelische Kirche.
Die Pinnenberg-
Kirche ist eine evangelische Kirche.

Die Pinnenberg-
Kirche ist eine evangelische Kirche.
Die Pinnenberg-
Kirche ist eine evangelische Kirche.
Die Pinnenberg-
Kirche ist eine evangelische Kirche.
Die Pinnenberg-
Kirche ist eine evangelische Kirche.
Die Pinnenberg-
Kirche ist eine evangelische Kirche.

Die Pinnenberg-
Kirche ist eine evangelische Kirche.

Die Pinnenberg-
Kirche ist eine evangelische Kirche.

Am 1. April 1914 ist die Pinnenberg-
Kirche in die Pinnenberg-
Kirchenparochie eingegliedert worden.
Die Pinnenberg-
Kirche ist eine evangelische Kirche.
Die Pinnenberg-
Kirche ist eine evangelische Kirche.
Die Pinnenberg-
Kirche ist eine evangelische Kirche.



KSP Kanzlei Dr. Seegers, Dr. Frankenheim Rechtsanwaltsgesellschaft mbH¹

Dr. Christoph Frankenheim (bis 2020) • Dr. Ludwig Gehrke (bis 2023) • Dr. Oliver Gnielinski² • Dr. Florian Pagenkemper³

Dr. Andreas Seegers⁴ • Dr. Tobias Röhnelt^{5,6} • Dr. Philipp Sahrman⁷ • Dr. Torsten Stade⁸ • Iris Habersack M.L.E.

André Orlob • Anne Pietsch • Anja Meeder • Andreas Drud • Daniela Hellriegel • Dr. Birgit Rase

Britta Röbig • Martin Hintze⁹ • Jens A. Blaffert • Christian Marnitz¹⁰ • Oliver Eugenio¹¹ • Tyll Schultz • Melanie von Appen¹²

¹Geschäftsführer ²Zustellung von beA-Dokumenten ³Fachanwalt für IT-Recht ⁴Fachanwalt für Urheber- und Medienrecht

⁵Fachanwalt für Versicherungsrecht ⁶Fachanwalt für Verkehrsrecht ⁷Fachanwalt für Miet- und Wohnungseigentumsrecht

Postfach 57 01 60 • 22770 Hamburg • Kaiser-Wilhelm-Straße 40 • 20355 Hamburg • Gerichtsfach 85 • AG Hamburg HRB 11 0678 • Mail ksp@ksp.de • ksp.de



Per beA

Amtsgericht Pinneberg
Osterbrooksweg 42 + 44
22869 Schenefeld

Hamburg, den 26.09.2025 jgs
Az.: HL2513266

☎ +49 40 / 4 50 65 - 6721
Fax: +49 40/571441280
E-Mail: energie@ksp.de

Klage

der Stadtwerke Südholstein GmbH, vertreten durch den Vorstand,
Am Hafen 67,
25421 Pinneberg

-Klägerin-

Prozessbevollmächtigte:

KSP Kanzlei Dr. Seegers, Dr. Frankenheim Rechtsanwaltsgesellschaft mbH,
Kaiser-Wilhelm-Straße 40,
20355 Hamburg

g e g e n

Henning von Stosch, Mühlenstr. 5, 25421 Pinneberg

-beklagte Partei-

wegen: Zutrittsgewährung und Stromzähleraustausch

vorläufiger Streitwert: EUR 1.000,00

Die Prozessbevollmächtigten der Klägerin erklären sich für die Gerichtskostenrechnung stark und erheben namens und in Vollmacht der Klägerin Klage und **beantragen**,

die beklagte Partei zu verurteilen, dem mit einem Ausweisdokument versehenen Beauftragten der Klägerin den Zutritt zu dem Stromzähler mit der Nummer 9424860 in der Verbrauchsstelle Mühlenstr. 5, 25421 Pinneberg, zu verschaffen und den Austausch des Stromzählers durch den mit einem Ausweisdokument versehenen Beauftragten der Klägerin zu dulden.

Zudem wird schon jetzt **beantragt**,

1. ein Versäumnisurteil im schriftlichen Verfahren zu erlassen, soweit die Voraussetzungen des § 331 Abs. 3 ZPO gegeben sind;
2. der Klägerin eine vollstreckbare, mit Zustellvermerk versehene Urteilsausfertigung zu erteilen.

Die Klägerin regt an, von der Anberaumung eines Gütetermins abzusehen. Eine Güteverhandlung erscheint angesichts der bisherigen, erfolglos gebliebenen Bemühungen zur Erledigung der Angelegenheit aussichtslos. Sollte dennoch ein Gütetermin anberaumt werden, bitten die Prozessbevollmächtigten der Klägerin von der Anordnung des persönlichen Erscheinens auf Klägerseite abzusehen und diesen als Videoverhandlung im Sinne des § 128a ZPO durchzuführen. Es wird versichert, dass sowohl die Prozessbevollmächtigten der Klägerin als auch deren etwaig beauftragte Unterbevollmächtigte Vertretungsvollmacht im Sinne des § 141 Abs. 3 S. 2 ZPO besitzen, die den Abschluss eines Vergleichs einschließt.

Begründung:

Die Klägerin ist mit der beklagten Partei im Rahmen eines Stromnetzanschlussverhältnisses bzw. Messstellenvertrages über die Lieferung von Strom unter dem Vertragskonto 103431 verbunden. Die beklagte Partei bezieht Strom für die Verbrauchsstelle Mühlenstr. 5, 25421 Pinneberg, unter Nutzung des Stromzählers mit der Nummer 9424860. Auf das bestehende Anschlussverhältnis sind die Vorschriften der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Wasser/ Verordnung über Allgemeine Bedingungen für den Netzanschluss und dessen Nutzung für die Elektrizitätsversorgung in Niederspannung (NAV) und des Gesetzes über den Messstellenbetrieb und die Datenkommunikation in intelligenten Energienetzen 1(MsbG)/ anzuwenden.

Die Klägerin macht einen Anspruch auf Duldung des Zähleraustauschs geltend, da die beklagte Partei trotz rechtzeitiger Ankündigung, den Zutritt zwecks technisch erforderlich gewordenen Zählerwechsel nicht ermöglicht hat

Die Klägerin ist gem. § 16 AVBWasserV /21 NAV bzw § 38 MsbG/21 NDAV zum Austausch des Zählers berechtigt.

Die mit klagandrohendem Schreiben der Prozessbevollmächtigten vom 23.06.2025 zur Aufforderung der Terminvereinbarung zwecks Zählerwechsels gesetzte Frist verstrich fruchtlos.

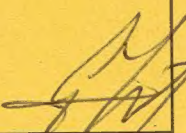
Krupko
Rechtsanwalt

Absender:

Amtsgericht Pinneberg
Bahnhofstraße 17
25421 Pinneberg

Hinweis: Umschlag bitte aufbewahren, siehe unten!

Zugestellt am
(Datum, ggf. Uhrzeit, Unterschrift)

21.01.26 

Aktenzeichen

69 C 126/25 v. 28.11.25

Förmliche Zustellung

Weitersenden innerhalb des

- ☐ Bezirks des Amtsgerichts
- ☐ Bezirks des Landgerichts
- ☒ Inlands

Bei der Zustellung zu beachtende Vermerke

- ☐ Ersatzzustellung ausgeschlossen
- ☐ Keine Ersatzzustellung an:

- ☐ Nicht durch Niederlegung zustellen
- ☐ Mit Angabe der Uhrzeit zustellen

Wichtiger Hinweis:

Mit dieser Sendung werden Ihnen in gesetzlich vorgeschriebener Form die im Umschlag enthaltenen Schriftstücke förmlich zugestellt. Die förmliche Zustellung eines Schriftstücks dient dem Nachweis, dass dem Adressaten in gesetzlich vorgeschriebener Form Gelegenheit gegeben worden ist, von dem Schriftstück Kenntnis zu nehmen, und wann das geschehen ist.

Den **Tag der Zustellung** vermerkt der Zusteller auf dem Umschlag (siehe Vorderseite). Bitte bewahren Sie den Umschlag zusammen mit den darin enthaltenen Schriftstücken auf. Er dient als Beleg, wenn Sie angeben müssen, welche Schriftstücke Ihnen wann zugestellt worden sind.